

Die Ameise.



Immer strebe zum Ganzen! Und kañst Du selber kein Ganzes
Werden, als dienendes Glied schliess' an ein Ganzes Dich an!

Organ des Verbandes der Porzellan- u. verwand. Arbeiter beiderl. Geschl.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark, Postzeitungsnummer 283. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: R. Jahn, Berlin SO., Engelauer 16 II.

Nr. 13.

Berlin, den 28. März 1902.

29. Jahrg.

Das Bureau des Verbandes der Porzellan- u. Arbeiter beiderlei Geschlechts (Vorsitzender Georg Wollmann, Schriftführer Johann Schneider, Kassierer Wilhelm Herden), sowie die Redaktion und Expedition der „Ameise“ (Richard Jahn) befindet sich vom 1. April d. Js. ab in

Charlottenburg, Rosinen-Straße 3.

Bekanntmachung!

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: Ahlen (Westf. Stanz- und Emaillewerk A.-G. vorm. J. H. Kerkmann), Berlin (Mantl, Bergmannstr. 110), Berlin-Schöneberg (Hertwig), Sangelar (Bonner Verblendstein- und Thonwaarenfabrik, Mannheim-Räferthal (Rhein. Porzellanfabrik M. Sterner), Kolmar (Porzellanfabrik), Marktkleuthen (Porzellanfabrik R. Drechsel), Mitterteich (Firma J. Kother), Stadtlengsfeld (Firma Schweizer), Tillowitz (gräflich Frankenberg'sche Fabrik), Wecken-dorf i. Westfalen (Firma Gressel u. Co.).

Der Vorstand.

Zum Fest der Auferstehung.

Jubeln müßte die Menschheit in diesen Tagen. Der heitere Glanz des erwachenden Frühlings müßte sich auf jedem Antlitz spiegeln und sorglose Freude alle Herzen erfüllen. Aufatmen müßte die Welt in der frohen Gewißheit, daß die Erde sich wieder einmal zu schmücken beginnt, ihres ewigen Triebes bewußt, und daß der frische, belebende Hauch der Ventilate uns streifen wird als ein Gruß der ewig lebendigen Natur.

Schönheitsfreudig wie die alten Griechen müßten wir das bunte Treiben auf unserem Planeten betrachten; zu einer großen Alles umfassenden Harmonie müßte der gereifte Geist des Menschen die Welt und ihre Erscheinungen formen und so — Jeder ein Künstler, ein Lebenskünstler — in größter Vollkommenheit, im edelsten Menschenthum das erhabenste Glück finden.

Wie kein anderes, könnte gerade das Osterfest so ein Fest der Auferstehung werden in einem viel tieferen und höheren Sinne als dem des religiös-kirchlichen. Als ein Fest vom Siege des Lichts, als ein Symbol der in und um uns wirkenden Kräfte, die zu höheren Da-

seinsformen streben, könnte es eine herrliche Demonstration des Goethe'schen Gedankens bilden: „Im Werden und Werden giebt's kein Bleiben, die Natur hat ihren Fluch gehängt an's Stillstehen.“

Und wenn aus diesem schönen Dichterwort uns auch heute schon Trost und starke Zuversicht blüht, wenn wir auch überzeugt sind, daß wir uns Schritt für Schritt erobern auf dem Wege zur Auferstehung der Arbeit, der Menschheit, so verbergen wir uns doch nicht, daß wir noch weit entfernt sind von jener sorglosen griechischen Lebensfreudigkeit und Weltharmonie, die nichts wußte von sozialen Nöthen und Kämpfen im Sinne unserer Gegenwart. Auf die beispiellose Kulturhöhe des Griechenthums folgte der Niedergang der römischen Welttyrannie, folgte die in sozialen Ursachen wurzelnde Empörung, welche das Christenthum gebar, folgte die Kreuzigung ihres hervorragendsten Urhebers. Und heute, nach nahezu zweitausend Jahren noch, klingt es, ihn verherrlichend, aus Kirchen und Kapellen: „Christ ist erstanden. . .“

Aber, wie gesagt, die Menschheit harret mehr denn je der Auferstehung. Für ihren größten Theil gilt ein Osterwort, das zwar keine Freude erweckt, das uns aber zwingt, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen und die mystischen Felerlichkeiten als Selbsttäuschung zu empfinden. Dieses Wort finden wir in Bellamy's „Rückblick“, der Held des Romans sagt an einer Stelle:

„Ich bin auf Golgatha gewesen. . . Ich habe die Menschheit gekreuzigt gesehen. Weß keiner von Euch, auf welche Scenen die Sonne und die Sterne in dieser Stadt herabblicken, daß Ihr an etwas anderes denken, von anderem reden könnt? Wißt Ihr nicht, daß dicht bei Euren Thüren große Massen von Männern und Frauen, Fleisch von Eurem Fleisch, ein Leben führen, das von der Wiege bis zum Grabe ein Todeskampf ist? Horcht! Ihre Wohnstätten sind so nahe, daß, wenn Ihr stille seid mit Eurem Lachen, Ihr die schrecklichen

Stimmen vernehmen werdet, — das klägliche Schreien der Kleinen, die am Hungertuche laugen, die heiseren Flüche im Glend halb verthierter Männer, das Feilschen eines Heeres von Weibern, die sich um Brod verkaufen. Womit habt Ihr Eure Ohren verstopft, daß Ihr diese klagenden Töne nicht hört? Ich kann nichts anderes mehr hören.“

Diese Schwerhörigkeit hat noch um nichts nachgelassen. Die geradezu verbrecherische Unthätigkeit unserer herrschenden Klassen in Bezug auf die gegenwärtige Massen-Arbeitslosigkeit könnte sich schon vielmehr als Stocktaubheit charakterisiren, wenn man nicht wüßte, daß es beabsichtigte Ignoranz, daß es die Furcht ist, bei einem ehrlichen Zugeständniß das ganze jammervolle soziale System der Gegenwart bloßzustellen und seines letzten matten Glorienscheins zu entkleiden.

Dem gegenüber beschränkt sich der erlösungsbedürftige Theil des Volkes nicht darauf, zu jammern. Und seine Vortruppe, die organisierte Arbeiterschaft, würde den mit verächtlichem Lächeln bei Seite schieben, der ihr den demüthsvollen Appell an das Mitleid der Besitzenden anrathen, der ihre Kraft so auf einen todten Punkt konzentriren wollte. Wohl ist es nothwendig, der oberflächlich eitlen Gesellschaft immer wieder den scharfen Spiegel vorzuhalten, immer wieder ihren Blick auf die moderne Schädelstätte zu lenken und die lügnerrischen Ausflüchte mit der unverhüllten, grausamsten Wahrheit niederzuschlagen, aber eben nur deshalb, weil jeder Beweis, als Waffe in dem sozialen Kampfe erhoben, die Position des Gegners erschüttert, ihn in die Enge treibt und — zuweilen — wenigstens einem kleinen Fortschritte die Bahn ebnet. Die Arbeiterschaft als Bittende aber wäre wie ein verächtlicher Bettler, der dort um Gnade fleht, wo er sein Recht zu fordern hat.

Insoweit also können wir von einer Auferstehung sprechen, als wir uns losgelöst haben aus den slavischen Empfindungen der früheren

Zeit; die Arbeit hat ihr Bettlergewand abgeworfen und das Kleid der gleichen und freien Menschenrechte angezogen. Forderung steht sie vor allen Thoren und nichts ist ihr zu hoch, um nicht die Hand danach auszustrecken in dem Bewußtsein, daß sie rechtmäßig Theil daran habe. Dieser Gedanke, in dem die Triebkraft aller Arbeiterbewegung ruht, verbunden mit der wissenschaftlichen Erkenntnis vom Gange der Entwicklung, ist Tausenden und Abertausenden in Fleisch und Blut übergegangen. Keine Macht der Erde könnte sein Werden, seine Ausbreitung, seinen Siegeszug aufhalten, — keine Macht wird seine endliche Erfüllung verhindern.

Aber ebenso sicher ist, daß diejenigen, die das Vordringen des Proletariats auf so vielen Gebieten als eine Gefahr empfinden, sich mit dem letzten Rest ihrer Kraft an ihre bedrohten Privilegien (Vorrechte) klammern werden. Und wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß es auch in Deutschland Leute giebt, welche erleichtert aufatmen würden, wenn die sogenannte soziale Frage durch das Kraftwort gelöst würde: „Die Kanonen aufgeföhren!“ Glücklicherweise spielen sich bei uns in Folge der strengen Disziplinierung der organisierten Arbeiterklasse in weniger explosiven Formen die Kämpfe ab, welche zwischen Kapital und Arbeit geführt werden müssen. Die Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, das Vorkommen vernünftiger Erwägungen, das Bewußtsein von den in jedem Falle sehr schädlichen Folgen einer leidenschaftlichen, die Gesetze durchschlagenden Erhebung stehen zu klar vor aller Augen, als daß Jemand in Gewaltthatigkeiten das erlösende Heil sehen könnte.

Triest und Barcelona!

Von der letzteren Stadt wird ja behauptet, daß anarchistische Wirrköpfe einen Theil der Schuld am dem Blutbade tragen. Jedenfalls erscheint es uns in Deutschland eigentümlich genug, daß ein Generalstreik von hunderttausend Arbeitern das Werk einiger Personen sein soll, — zweifellos war die Erbitterung auf einen Höhepunkt gestiegen, daß sie dann schließlich einen durch das schneidige Vorgehen des Stadtkommandanten begünstigten gewaltigen Ausbruch erfuhr. Auch in Triest hat man nach den anarchistischen Revolutionsmikroben gesucht. Leider auf der falschen Seite. Man hätte sie am besten bei der bewaffneten Staatsmacht gefunden, in den unerhörten Provokationen des denksfähigen, militärischen Chateaubriand, der stumpfsinnig darauf los geht. Gegenüber der offenen, brutalen Theilnahme der dortigen Behörden für die Interessen des Unternehmertums hätten die Arbeiter Engel sein müssen, wenn sie widerstandslos den Soldatenkugeln ihren Leib geboten hätten. Alle Revolutionen und Revolutionen — gewaltig — kommen von oben. Wer alle Ventile verstopft und den Kessel überheizt, darf sich nicht wundern, wenn dieser schließlich platzt und die heiße Fluth ihm auf den Leib spritzt.

Wären alle jene Kämpfe nicht so erschütternd, so tieftraurig, man könnte lachen über die wahnwitzige Idee jener Gewaltthäter, die das unauslöschliche Begehren der Arbeiterschaft nach besseren Lebensverhältnissen und Gleichberechtigung mit einigen niedergeschossenen Körpern glauben aus der Welt schaffen zu können. Sie könnten, um mit Hebraech zu reden, ebenso gut eine Polizeiverordnung an den Krater des Vesuv schlagen: „Ein Ausbruch des Vulkan ist bei Strafe verboten.“

Wir wissen nicht, ob die Urheber jener verächtlichen Megeleten frommen Gemüthes das Auferstehungsfest feiern, ob sie einem Jesus, der von den verthierten römischen Söldnerhorde bis aufs Blut gepeinigt und mißhandelt

wurde, huldigen werden. Wahrscheinlich genug ist es; die stumpfsinnigste Verbobtheit und die heuchlerischste Frömmigkeit, diese und die staatsrettende Bestialität sind in der Praxis keine Widersprüche. Aber wir wissen, daß die blutige Saat der Unterdrückung und Mißhandlung herrlich aufgehen wird; daß aus den aufgepeitschten Seelen in desto stärkerer Kraft der Wille entstehen und wachsen muß: in konsequenter Arbeit und durchdachtem Vorgehen die entgegenstehenden Hindernisse zu brechen und die Auferstehung des Volkes planmäßig, allen giftigen Anfallen zum Trotz, herbeizuföhren. „Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen.“ Die deutsche Arbeiterbewegung im Großen und Ganzen bietet nicht ohne Grund das hoffnungsvolle Bild einer geschlossenen, abgerundeten und sich ihrer Mittel und ihres Zieles sicher bewußten Macht. Wie sie sich unter dem Zwange der ökonomischen Verhältnisse erlöst hat von den slavischen Banden alter Gewohnheit und gnadenlosenden Bettlerthums, so hat sie auch den Kinder glauben hinter sich gelassen, daß auf den Bajonetten die Früchte der Zukunft wachsen und jeder beliebige Augenblick sie gegebenenfalls pflücken könne. Sie verzichtet, auch wenn sie hungert, auf das Gericht der „blauen Bohnen“ in der freudigen Gewißheit, daß die Töpfe schon auf dem Feuer stehen, in denen schmählichere Mahlzeiten kochen — und sie weiß, daß die Gegner wider ihre Absicht die Feuerung dazu herbeischleppen. Auch sie sind nur Mittel in dem rastlosen, ehernen Gange der Geschichte, die wie der gesammte Naturprozeß nun einmal keinen Stillstand kennt und wie bei Pflanze und Thier so auch in der Emporentwicklung der Menschheit die geheimen Fäden spinnend und Keim, Blüthe und Frucht treibt. Wie ein Bienenstock, ein Ameisenhaufen, ein lebendes Korallengewebe als Gesellschaftsorganisationen zu betrachten sind, die im engsten Zusammenhange mit der Natur stehen, so ist auch der einzelne Mensch, so sind auch seine sozialen Vereinigungen ein natürlicher Ausdruck gleichartiger Interessen. Und der Mensch hat noch den Vortheil der bewußten Vernunft, des Urtheils und des überlegenen Willens.

Uebrigens: Interessen! Es giebt Idealisten, denen dieses Wort ein Greuel ist. Sie lassen am liebsten den Menschen von seinen natürlichen Daseinsbedingungen los und möchten ihn verpflanzen in den Aether engelhafter, wesensloser Anschauungen. Eine neu aufgebügelte Theorie der Bedürfnislosigkeit, die die sofortige „Auferstehung“ in sich tragen soll. Wir sehen sofort den altbekannten Pferdefuß! Aber es sind oft nicht die kleinsten, nicht die schlechtesten Geister, welche die Arbeiterbewegung enttäuscht und resignirt darum preisgeben möchten, weil ja auch sie „einseitige Interessen“, „materielle Ziele“ verfolge und deshalb nicht die Wiedergeburt, die Erlösung der ganzen Menschheit herbeiföhren könne.

Nun, abgesehen davon, daß solche auf die Spitze getriebene „Vergeistigung“ uns den Kopf nicht warm zu machen braucht, weil ja unsere „einseitigsten“ Forderungen gegenüber den Vorrechten anderer Klassen sich von vorn herein als absolutes Recht legitimiren, ist die Schlussfolgerung auch falsch.

Die letzten Ziele ganz gewiß sind Menschheitsziele! Ihre Verwirklichung gäbe ein völlig verändertes soziales Fundament; in ihnen ruht der Keim für eine ungeheure, umfassende Entwicklungsmöglichkeit der ganzen Menschheit, die mit den Ketten des Lohnsklaventhums sich selber in allen Verhältnissen gebunden hält.

Und so erhellt uns ein Ostergedanke und verschönt uns die Gegenwart: daß in der Arbeiterbewegung die Erlösung, die Auferstehung der Menschheit heranreift. Hier

ruht die Kraft, welche das in den Staub getretene, beschmutzte Menschenthum erheben, befreien und reinigen wird!

Die moderne Arbeitslosigkeit und der Achtstundentag.

Von Brutus.

I.

Seit Jahren und auch heute noch kann man in einem Vortrage über den Achtstundentag diesen Gedankengang verfolgen: nachdem der Redner die hygienische, moralische und kulturelle Bedeutung einer kurzen Arbeitszeit geschildert hat, geht er dazu über, den Nachweis zu erbringen, daß bei einer Verkürzung der Arbeitszeit der Unternehmer gezwungen werde, neue Arbeitskräfte einzustellen, falls er keinen Ausfall an seiner Produktion erleiden wolle; manchmal stellt er eine rein mechanische Rechnung auf, wonach der Unternehmer bei einer Verkürzung des Arbeitstages von 12 auf 8 Stunden, also um $33\frac{1}{3}\%$ pSt., auch ein Drittel mehr Arbeiter beschäftigen müsse; nicht selten schließt dann die Rede mit der Behauptung, daß der Unternehmer durch eine Arbeitszeitverkürzung nicht einmal einen Schaden erleide, da seine Arbeiter, wie die Erfahrung lehre, in einer kürzeren Arbeitszeit ebensoviel leisteten, wie früher in einer längeren. Daß in einer solchen Rede ein Widerspruch enthalten ist, muß jedem denkenden Menschen einleuchten, denn entweder bedeutet eine Arbeitszeitverkürzung einen Produktionsausfall und macht die Einstellung neuer Arbeiter nöthig oder sie schränkt die Produktion nicht ein und dann braucht der Unternehmer keine Ersatzkräfte heranzuziehen. Eins kann nur richtig sein: Entweder ist der Achtstundentag ein Mittel, die moderne Arbeitslosigkeit zu beseitigen resp. einzudämmen oder er hat diese Wirkung nicht. Diese Frage muß sich jeder Arbeiter zur Beantwortung vorlegen.

Selbst auf die Gefahr hin, mit alten, liebgewonnenen Anschauungen zusammenzustößen, stellen wir hier die Behauptung auf, daß eine allmähliche Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden nicht im Stande ist, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und die Reservearmee der Arbeitslosen aus der Welt zu schaffen. Wir verkennen durchaus nicht die kulturelle, moralische und geistige — kurz, die soziale — Bedeutung des Achtstundentags, um so notwendiger aber erscheint es uns, die Illusion zu bekämpfen, als ob der Achtstundentag, so wie er heute gedacht ist, eine Verminderung des kapitalistischen Mehrwerths im Gefolge haben werde.

Wie weitverbreitet und tiefeingewurzelt der erwähnte Irrthum ist, ergibt sich u. A. daraus, daß selbst ein Sozialpolitiker von der Bedeutung des Genossen Barvus diesen irrigen Standpunkt einnimmt. In seiner neuesten Broschüre „Handelskrisis und Gewerkschaften“ macht Barvus folgende Ausführungen: „Die gesetzliche Beschränkung und Regelung der Arbeitszeit steht überhaupt im Vordergrund des gewerkschaftlichen Interesses, zur Zeit der steigenden Arbeitslosigkeit aber erst recht“. Die sich rasch ansammelnde Armee von Arbeitslosen erschöpft nicht nur die Kräfte der Gewerkschaften, sie übt vor allem einen gewaltigen Lohndruck aus. Die Arbeitslosigkeit bedingt einen wilden Konkurrenzkampf um Arbeit und Brod, und die Folgen sind allgemeine Lohnherabsetzungen. Die Arbeitslosigkeit demoralisirt, sie treibt die kräftigen, geschickteren Arbeiter zu einer erbitterten Konkurrenz gegen die weniger geschickten, die jungen gegen die älteren, die Söhne gegen die Väter. Darum gilt es alles aufzubieten, und die Last der Arbeitslosigkeit möglichst zu verringern. Das

läßt sich in sehr bedeutendem Maße durchführen, wenn es gelingt, die Unternehmer zu veranlassen, statt Arbeiter zu entlassen, die Arbeitszeit zu kürzen. . . . Es ist nicht zu erwarten, daß man in dieser Beziehung durch freie Uebereinkunft mit den Unternehmern viel erreichen würde, zumal die Pression seitens der Gewerkschaften gerade während der Handelskrisis weniger groß ist. Nöthig ist also eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. Die Einführung eines kurzen Normalarbeitstages ist während der Handelskrisis das beste Mittel zur Verhütung der Arbeitslosigkeit. Der Verfasser veröffentlicht im Anschluß hieran einen Gesetzentwurf über den achtfündigen Normalarbeitstag, der eine allmähliche Verkürzung des Arbeitstages auf 8 Stunden fordert und eine Uebergangsfrist von vier Jahren vorzieht. Augenscheinlich glaubt er selbst nicht, daß sein Entwurf in absehbarer Zeit Gesetz werden wird, sondern er erblickt in dem Einbringen eines solchen Entwurfs und der Diskussion darüber ein gutes Agitationsmittel. In dieser Hinsicht können wir uns mit ihm einverstanden erklären, ebenso wie wir auch seine Schilderung der Folgen der Arbeitslosigkeit wortwörtlich unterschreiben, was wir aber bestreiten, ist die Behauptung, daß ein kurzer Normalarbeitstag das beste Mittel zur Verhütung der Arbeitslosigkeit sei. Dieser Irrthum beruht auf einer totalen Verkennung der modernen kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

Infolge der heutigen so sehr entwickelten Technik und der verbesserten Arbeitsmethoden ist der Unternehmer im Stande, das, was er durch eine Arbeitszeitverkürzung an seinem Produktenquantum einbüßt, durch eine gesteigerte Arbeitsleistung wieder einzuholen. Wenn irgend etwas durch hundertfältige Erfahrung bewiesen worden ist, so ist es die Thatsache, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit keinen Produktionsausfall zur Folge hat, sondern daß man eher von einer dadurch herbeigeführten Steigerung der Produktion reden kann. Diese Erfahrung haben aufmerksame Beobachter des Wirtschaftslebens bereits vor Jahrzehnten gemacht und sie ist immer wieder durch neue Versuche bestätigt worden. Aus der Uebersicht des Beobachtungsmaterials wollen wir, der Raumersparniß wegen, nur einige Fälle herausgreifen.

Der englische Fabrikant R. Gardner ließ in seinen zwei großen Betrieben zu Preston vom 20. April 1844 ab nur noch 11 Stunden, statt der früheren 12 Stunden, arbeiten und es ergab sich, nach seiner Behauptung, daß dasselbe Quantum Produkt zu denselben Kosten hergestellt wurde und daß sämtliche Arbeiter in 11 Stunden ebenso viel Arbeitslohn verdienten, wie früher in 12 Stunden. Ähnliche Versuche wurden mit dem gleichen Erfolge in mehreren anderen Fabriken unternommen, so daß schon damals von einsichtigen Leuten in England die Meinung vertreten wurde, daß ein kurzer Arbeitstag nicht nur im Interesse der Arbeiter sondern auch der Unternehmer liege. Zweifelhaft war nur die Meinung darüber, bis zu welchem Grade der Arbeitszeitverkürzung dies zutrefte. Während der bekannte englische Fabrikinspektor Leonhard Horner noch im Jahre 1845 trotz der Versuche von Gardner und anderer die Ansicht vertrat, daß eine Herabsetzung des Arbeitstages unter 12 Stunden das Produktenquantum vermindern müsse, erklärte er 10 Jahre später, daß dies nicht der Fall sei; er habe damals noch keine Ahnung gehabt von der Elastizität der Maschinerie und der menschlichen Arbeitskraft, jetzt wisse er, daß ein Arbeiter unter bestimmten Voraussetzungen sehr wohl im Stande sei, die durch eine Arbeitszeitverkürzung verminderte

Produktenmenge durch eine gesteigerte Arbeitsleistung wieder weit zu machen.

Das Amt für Arbeitsstatistik in Massachusetts erklärte im Jahre 1881, daß „in Massachusetts ein Mann in 10 Stunden so viel Produkte derselben Art herstellt, wie anderswo in 11 und mehr Stunden, und daß die Löhne ebenso hoch, wenn nicht höher sind, als in Staaten mit längerer Arbeitszeit, und der Arbeiterkommissar des Staates New-York, Charles F. Peck, berichtete im Jahre 1892, daß er auf seine Frage, ob die Verkürzung des Arbeitstages auf 8 Stunden eine Verminderung der Leistungsfähigkeit herbeigeführt, ausnahmslos die Antwort erhalten habe, es sei eine Steigerung der Leistungen um ungefähr ein Zehntel eingetreten. Der Bauunternehmer James Stephens in Melbourne fand bei den in seinen Betrieben angestellten Versuchten, „daß seine Leute in 8 Stunden ebenso viel leisteten, wie früher in 10 Stunden“. Ueber die englischen Kohlenbergwerke schreibt Professor Munro, daß trotz der Minderung der Arbeitszeit die Förderung an Kohlen pro Kopf der Arbeiter gestiegen sei, und der schweizerische Fabrikinspektor Schuler erklärte auf dem Hygienischen Kongreß vom Jahre 1887, daß eine Herabsetzung der Arbeitszeit um $8\frac{1}{2}$ pSt. in gut eingerichteten Baumwollspinnereien nur eine augenblickliche Verminderung der Produktion um $1\frac{1}{2}$ pSt. im Gefolge gehabt habe. Der Fabrikant Dollfus in Mülhausen (Elsaß) setzte die Arbeitszeit von 12 auf 11 Stunden herab, und es zeigte sich nach Ablauf eines Monats, daß in den 11 Stunden 5 pSt. mehr Arbeit geliefert wurde, als früher in 12 Stunden; ebenso konstatierte eine Korsettfabrik im Stuttgarter Handelskammerbericht für 1890, daß ihre Arbeiterinnen bei regelmäßiger Arbeit von 10 resp. 9 Stunden viel leistungsfähiger sind, als bei der früheren 11- und 12stündigen Arbeitszeit. Der österreichische Fabrikinspektor in Pilsen berichtet über die Einführung des achtfündigen Arbeitstages in dem gräflich Rostiz'schen Eisenwerk in Schindelwald: „Durch die Verkürzung der Arbeitszeit wird der Arbeiter entschieden kräftiger und leistet, nach der Versicherung des Betriebsdirektors Heidler, in den jetzigen 8 Arbeitsstunden bedeutend mehr, als während der früher bestandenen 12stündigen Arbeitsdauer. Diese Wahrnehmungen waren die Veranlassung, daß die Direktion auch in dem von ihr unterstellten Puddelwerk bei Rothau die 8stündige Arbeitszeit eingeführt hat.“ Der Eisenindustrielle Bogt, der Präsident der Handels- und Gewerbekammer in Leoben hat öffentlich erklärt: „Ich selbst bin für eine 8stündige Arbeitszeit und habe es durchgesetzt, daß bloß 8 Stunden gearbeitet wird, weil die Arbeiter in 8 Stunden so viel verdienen, wie früher in 12 Stunden; und ich gewinne dabei, weil sie in 8 Stunden mehr leisten als anderswo in 12 Stunden.“

Auch in den schlesischen Bergwerken hat man die Erfahrung gemacht, daß die Arbeiter in 8 Stunden ebensoviel leisten und ebensoviel verdienen, wie früher in 9 oder mehr Stunden. Der bairische Fabrikinspektorbericht von 1900 sagt in dieser Beziehung Folgendes: „In großen Betrieben zeigt sich erfreulicherweise fast überall die Tendenz, die Arbeitszeit zu verkürzen. So ergab eine Revision der Betriebe im Amte Börsach, daß in verschiedenen Betrieben eine dauernde Reduktion der Arbeitszeit stattgefunden hat oder in der Einführung begriffen ist. In allen diesen, meist großen Fabriken beträgt die Reduktion der Arbeitszeit $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Stunde. Der Leiter einer Fabrik erwähnte hierbei, daß das früher erreichte Quantum auch bei einer Arbeitszeitverkürzung um $\frac{1}{2}$ Stunde täglich erreicht werden konnte, so daß auf eine Lohnreduktion infolge

dieser Arbeitszeitverkürzung verzichtet werden konnte. Nachdem die in den letzten Jahren in der Uhrenindustrie eingeführte zehnstündige Arbeitszeit eine Verminderung der Produktion nicht gebracht hat, hört man bereits von Fabrikanten mit Bestimmtheit aussprechen, daß eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden keinen Produktionsausfall bringen würde. Als wir eine Firma, welche infolge Arbeitsmangel durch Stockung der englischen Ausfuhr aus Anlaß des Krieges mit Transvaal etwa 10 pSt. ihrer Arbeiter entließ, darauf hinwiesen, ob nicht eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit auf neun Stunden dasselbe Resultat haben würde, so wurde uns bestimmt versichert, daß nach bereits gemachten Erfahrungen die Produktion des einzelnen Arbeiters bei gleichbleibenden Akkordlöhnen nicht zurückgehe. Es ist bemerkenswerth, daß nicht wenigstens vorübergehend für einige Zeit ein solcher Ausfall vermuthet wurde. In St. Georgen im Schwarzwalde scheitern die Bestrebungen der Unternehmer, die Arbeitszeit zu verkürzen, an den Arbeitern, weil sie durch den kürzeren Arbeitstag eine Verminderung des Lohnes befürchten. Die Arbeiter kennzeichnen sich dadurch als rückständig gegenüber ihren Kollegen in den Nachbarorten, die trotz des Ausfalls an Arbeitszeit dasselbe leisten wie zuvor.“

Das Erfahrungsmaterial vermehrt sich in dieser Beziehung von Jahr zu Jahr und wir erinnern nur noch an die allgemein bekannten Erfahrungen, die Professor Abbe, der verdienstvolle Leiter des optischen Instituts von Carl Zeiß in Jena, mit der Einführung des Achtfundentages gemacht hat; er hat nämlich nachgewiesen, daß seine Arbeiter — wie er meint, ohne größere Kraftanstrengung — in 8 Stunden um $\frac{1}{30}$ mehr Werk schaffen, als früher in 9 Stunden, sowohl beim Zeitlohn, als auch beim Stücklohn ist eine Steigerung der Leistung und des Verdienstes eingetreten. Bis jetzt ist noch kein Fall vorgekommen, daß eine allmähliche Verkürzung der Arbeitszeit auf die Dauer eine nennenswerthe Verminderung des Produktenquantums herbeigeführt hätte. Es kann also gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Hoffnung, der Achtfundentag werde eine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit und eine Verminderung der Arbeitslosigkeit im Gefolge haben, auf eine Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse beruht. Die Ursachen und die Konsequenzen dieser Erfahrungsthatfache werden wir in einem zweiten Artikel behandeln.

Zum Vorschlag des Gen. Hofmann, Irmann.

Dieser Vorschlag, den Verband in Gauen einzutheilen, ist an und für sich gar nicht so unrecht. Derselbe hat ja auch schon Anhänger gefunden, hauptsächlich in jenen Zählstellen, wo H. über das Thema referirt hat. Man hat aber dabei nicht berücksichtigt, daß durch diese gewünschte Einrichtung der Verbandsklasse große Ausgaben geschaffen werden, besonders durch das eventuelle Gehalt der Gauleiter. Sicherlich würde ein Samento wegen zu hohen Verwaltungskosten bei den Mitgliedern angestimmt werden. Und glaubt denn der Gen. H., daß die Gauleiter im Stande sind, die Indifferenten heranzuziehen? Ich bezweifle es, denn die Gauleiter müssen dazu immer erst wieder die Verwaltungen haben, allein sind sie nicht im Stande, die Mitgliederzahl zu erhöhen.

Oder glaubt vielleicht der Antragsteller durch Abhaltung von Versammlungen mehr zu gewinnen? Das mag wohl in einzelnen Orten der Fall sein, jedoch in vielen Orten läßt die

Polizei überhaupt keinen fremden Redner in Versammlungen sprechen und wenn Gen. S. einmal Gauleiter sein würde, so würde das auch an der Sache nichts ändern können.

Meiner Ansicht nach ist etwas ganz anderes schuld, daß der Verband nicht so vorwärts kommt, wie es sein soll; das liegt einzig und allein nur an den Mitgliedern. Wenn hauptsächlich die gelehrten Arbeiter nicht so dunkelhaft wären und den Ungelernten sich mehr zuwenden würden, könnten mehr Erfolge erzielt werden. Wenn diese „Gelehrten“ ihr Interesse mehr zeigten, wenn ein Fremder in Arbeit tritt und sich in erster Linie darum kümmert ob er organisiert ist, wäre es gut, aber weit gefehlt. — Die Hauptsache ist festzustellen, ob er den nötigen Einstand oder Schmiere entrichtet hat, ist das der Fall, so ist es der beste Mann und die Organisation kommt dabei in den Hintergrund. Schließlich giebt es später noch Unzulänglichkeiten dadurch, indem Mitglieder mit den Nichtmitgliedern gleiche Sache machen. Auch giebt es Personale, wo beide Parteien zusammen harmonieren; wenn da mehr an die Organisation gedacht würde, könnte diese Zuwachs erhalten, aber oft sind die Mitglieder zufriedengestellt, wenn die Indifferenten ihnen Narrenspotten und sonstiges mehr vormachen. Auf diese Art können die Leute niemals gewonnen werden.

Dasselbe gilt in Bezug des Versammlungsbefuches. Einmal im Monat findet Versammlung statt und trotzdem sind die Kollegen sehr wenig anzutreffen; bei anderen Klimbimvereinen, da sind sie am Plage und wenn in der Woche 6 Versammlungen abgehalten werden, sind sie auch vollzählig zur Stelle. So lange die Mitglieder nicht zur Einsicht kommen und der Organisation mehr Interesse zeigen dadurch, daß sie dieselbe in den Vordergrund vor allen andern Vereinen stellen, wird es überhaupt nicht anders und die Gauleiter könnten dann gegebenenfalls auch nicht viel daran ändern. Ich denke, wenn dem Hauptvorstand und den Verwaltungen mehr Unterstützung bei der Gewinnung neuer Mitglieder gezeigt würde, würde wohl mehr zu erreichen sein.

Die Delegierten zur Generalversammlung mögen wohl erwägen, ob der Vorschlag des Gen. S. dem Verbands zum Nutzen gereicht.
G. in B.

Zur Generalversammlung.

Wenn die Mitglieder an die Verathung des Artikels aus Jlmeneau in Nr. 10 der „A.“ und den dazu zu erwartenden Anträgen herantreten, dann mögen sie berücksichtigen, daß in jener Versammlung, in welcher Hofmanns große Ideen Mehling'schen Ursprungs angenommen wurden, nur 42 Mitglieder anwesend waren, unter denen sich noch eine Anzahl Gegner dieser Ideen befanden. Würde eine Abstimmung unter den hiesigen Mitgliedern vorgenommen, keine 20 stimmten mit ja. Es ist daher fast ein Mißbrauch, zu schreiben „im Auftrage der Zahlstelle Jlmeneau.“ Unglaublich erscheint es, einen derartigen Artikel los zu lassen und so warm zu empfehlen. Sagte doch S. eingangs seines Referats selbst, daß es ihm schwer gefallen sei, den ihm gemachten „Auftrag“ zu erledigen, da er selbst Gegner der Mehling'schen Vorschläge sei. Die ganze Sache ist weiter nichts als ein Machwerk S's.

Ich will auf die Sache selbst nicht eingehen. Die Mitglieder selbst werden schon dafür sorgen, daß ihr sauer verdientes Geld nicht sinn- und planlos verpulvert wird. Aber sonderbar kommt es einem vor, wenn gleich 9 bis 10 000 M. für Agitation in Anrechnung gesetzt wird und dabei sich über die Agitations-

lounen des Verbandsvorsitzenden und damit verbundenen Ausgaben aufhält.

Der Genosse H. S. in Nr. 12 der „A.“ hat Recht, wenn er schreibt, daß bei Annahme des Vorschlags der Zahlstelle Jlmeneau die Unternehmer in unserem Verband nur noch eine Versorgungsanstalt sozialdemokratischer Agitatoren erblickt. Ich glaube nicht nur die Unternehmer würden so denken, sondern auch der größte Theil der Mitglieder. S. verwahrte sich zwar schon in seinem Referat dagegen, daß die Mitglieder nicht denken sollen, daß es dabei auf einen Posten abgesehen sei, sondern nur einzig und allein etwas Gutes für den Verband zu schaffen schwebte ihm vor.

Jetzt, wo Gen. S. seinen Beruf aufgegeben und Wirth geworden ist, könnte ein derartiger Posten als Gauleiter aber ganz gut mit verwaltet werden.
G. M.—r.

In den Zahlstellen, sowie Einzelmitgliedschaften beschäftigt man sich mit der bevorstehenden Generalversammlung. Wenn man die „A.“ in die Hand nimmt, kann man sehen, wie die Genossen bemüht sind, auf Mittel zu finnen, wie unser Verband am besten auszubauen ist, damit man den kapitalistischen Unternehmern, welche stets bemüht sind, uns auszubeuten, mit einer geschlossenen Organisation entgegen treten kann.

In Versammlungen werden Anträge und in der „A.“ zur Diskussion gestellt, damit dieselben der bevorstehenden Generalversammlung vorgelegt werden können. Auch die Genossen in Margarethenhütte beschäftigten sich in einer öffentlichen Versammlung über die bevorstehende Generalversammlung, welche sehr gut besucht war. Es wurden Anträge gestellt und beschlossen, dieselben zu veröffentlichen.

Antrag 1. Umzugskosten sollen nicht bloß nach dem ersten Arbeitsplatz, sondern zweiten bis dritten Platz gewährt werden.

Begründung: Es kommen Fälle vor, daß der erste Platz weder dauernde noch lohnende Beschäftigung bietet und die Mitglieder gezwungen sind, den Platz wieder zu verlassen.

Antrag 2. Den Borort nach Thüringen zu verlegen.

Begründung: 1. Aus Sparsamkeitsrückichten. 2. Damit die Agitation in Thüringen besser entfaltet werden kann und der dortigen Schönderkonkurrenz besser vorgebeugt wird, da dieselbe, wie bekannt, in Thüringen am meisten vorherrscht.

Antrag 3. Die Generalversammlung möge in Erwägung ziehen, ob nicht ein Hefehandbuch mit Orientirungsstarke für Porzellanarbeiter geschaffen werden könnte.

Begründung: Für auf der Reise befindliche Mitglieder wäre es von großem Vorthell.

Antrag 4. Ferner wurde der Antrag Nürnberg besprochen und beschlossen, sich demselben anzuschließen (betreffend Verlegung des Schiedsgerichts von Oberhausen nach Dresden).

Begründung: Um die Feindseligkeiten zwischen Hauptvorstand und Schiedsgericht zu beseitigen.

Auch dem Antrage Budau wurde zugestimmt, daß 10 pSt. jeder Zahlstelle von den Einnahmen verbleiben solle.

Dann wurde über die Anträge Berlin II diskutiert, die Genossen sprachen ihre Entrüstung darüber aus, daß gerade von Berlin, wo man glaubt, die tüchtigsten Genossen zu finden, solche Anträge gestellt werden, die den Verband nur schädigen. Der Agitation wäre damit sicher nicht gedient. Denkt denn die Zahlstelle Berlin II, daß die bestehende Krise kein Ende nehmen wird, um solche Maßregeln zu ergreifen?

Darum, auf Genossen! Thue ein jeder seine Pflicht, agitiere Mann für Mann, das ist das Beste und wir kommen schneller zum Ziele. Laßt derartige Anträge weg, welche die Unterstützung schmälern und die Beiträge erhöhen; der Mitgliederstand ginge dadurch wieder bedeutend zurück.

Die Vertrauensleute von Margarethenhütte.

Aus unserm Berufe.

— Zur Arbeitsverkürzung bei den Porzellanarbeitern in — Meuhaus. In der Porzellanfabrik von Rud. Heinz u. Co. dauert die Arbeitszeit nach einer Mittheilung von dort von früh 7 bis Abends 8 Uhr. Die Pausen werden wohl keinesfalls über 2 Stunden sich ausdehnen, so daß eine 11stündige Arbeitszeit herauskäme. Diese Zeit genügt nun einigen Berufsgenossen durchaus nicht, sie sollen, wie berichtet wird, früh Morgens um 2 und 3 Uhr zu arbeiten anfangen und zwar, weil um diese Zeit die elektrische Beleuchtung noch nicht im Gange ist, bei Stearinkerzenlicht!

Es haben die andern Kollegen diesen „fleißigen“ Arbeitern Vorhaltungen gemacht, sie meinten darauf, ja, es wäre den „Herren“ recht, wenn sie so früh anfangen.

Wir werden wohl nicht fehl gehen, wenn wir annehmen, daß diese Tag- und Nachtarbeiter wohl auch in der Fabrik schlafen. Nach genauerer Erkundigung werden wir auf die Sache zurückkommen.

— Noch einmal etwas von Laasdorf. Die drei, in Nr. 11 der „A.“ benannten Kollegen (es unterzeichnet in der letzten Zuschrift nun auch noch Maler Oskar Märkens) setzen das lobenswerthe Beginnen fort, die Arbeitsverhältnisse dortselbst als durchaus nicht mißliche hinzustellen. Man soll gewiß der Wahrheit die Ehre geben und so viel man leider in unserer Porzellanerei zu klagen hat, um so angenehmer berührt es uns immer, wenn einmal ein Bericht eintrifft, der die Verdienste u. im Arbeitsverhältnisse als günstige, resp. mehr erträgliche hinstellt. In diesem Falle aber erscheint uns das Bestreben der betreffenden Kollegen, sich zum Anwalt der Geschäftsleitung aufzuspielen, nicht so ganz am Plage.

Wenn der Kollege, der in Nr. 7 seine Ergebnisse in Laasdorf unter voller Namensnennung zum Besten gegeben hat, über die Schnur gehauen und Unrichtiges behauptet, so meinen wir, ist doch in erster Linie die Fabrikleitung dazu da, berichtend einzugreifen. Solch hohe Stellung wird sie ja nicht einnehmen, daß sie sich etwas vergiebt, wenn sie einem Arbeiterblatt eine Berichtigung zusendet. Was brauchen da die Arbeiter ihr vorzugreifen?

Es sandten uns die betr. Maler ihre Lohnbücher zu und wollen wir, damit uns nicht der Vorwurf treffen kann, daß wir die Wahrheit unterdrücken möchten, die Verdiensthähen vom Anfang dieses Jahres bis jetzt folgen lassen. Es verdiente also Karnischky in je 12 Tagen: 31,20 M., 28,61 M., 35,91 M., 37,20 M., 37,26 M. Wunderlich (nicht Wunderlich, wie in Nr. 11 steht) in 4 Wochen 87,67 M.; in je 12 Tagen: 51,88 M., 38,82 M., 49,80 M. Wendel sein Buch beginnt mit Februar (sein altes habe er nicht mehr) und verdiente der in 10 1/2 Tagen 42,40 M.; in 12 Tagen 47,97 M. Die beiden Malerlehrlinge, die im zweiten Jahre lernen und nach der „Erwiderung“ in 14 Tagen den Verdienst von 20—28 M. erzielen sollen, haben in je 12 Tagen (in diesem Jahre) je 19,85 M., 16,25 M., 16,02 M., 18,65 M., der andere 23,70 M., 17,73 M., 25,88 M., 24,33 M., 22,58 M. verdient.

Was die Verdienste der Lehrlinge anbelangt, so erscheinen diese allerdings verhältnißmäßig hoch, wer da aber weiß, wie gerade die Burschen zur Arbeit angetrieben werden und wie bei denen oft der Sinn für die Erhaltung der Gesundheit noch unentwickelt ist, nun, das kann schließlich auch einen Verdienst von 12 M. die Woche nicht gar zu hoch finden. Uebrigens kommt es nicht selten vor, daß Lehrlinge bessere Arbeit erhalten und bessere Verdienste erzielen, als die Ausgelernten. Da spielen

Handwritten signatures and notes at the bottom of the page.

oft mancherlei Umstände mit. Auf alle Fälle wünschen wir diesen angehenden Schnellkünstlern, daß sie als Ausgelernte (sofern sie in Saasdorf bleiben) immer dann das doppelte ihres jetzigen (halben) Lohnes einheimen und dabei frisch und munter bleiben.

Die Verdienste der 3 Maler können wir als hohe nicht erkennen. Wunderlich würde einmal noch ganz 26 Mk. Wochenverdienst gehabt haben. Und bei welcher Arbeitszeit? Es wird geschrieben, bezüglich der 11 stündigen Arbeitszeit würde das nicht so schlimm sein, man käme um 7, einmal um 8, im großen Ganzen würde 10 Stunden gearbeitet. — Wir meinen, wenn die Fabrikleitung so „loyal“ ihre „Fabrikordnung“ handhabt, daß sie dann dafür auch Gegenleistungen wünschen wird. Und wenn die Kollegen schreiben, daß „stetiger, scharfer Geschäftsgang“ herrscht und „die meisten halt um 6— $\frac{1}{2}$ Uhr anfangen, um Abends nicht länger arbeiten zu brauchen“, so geht doch aus Bitterem hervor, daß keinesfalls weniger wie 11 Stunden gearbeitet, manchmal auch mehr wie gearbeitet wird, kurz, die Verdienste unseres Dafürhaltens noch lange nicht der geleisteten Arbeit entsprechen. — Doch in diesem Falle wollen wir gewiß die Zufriedenheit der Kollegen nicht stören „und wenn sie schreiben, daß man in keiner Thüringer Fabrik was geschenkt bekommt und es überall arbeiten heißt“, so geben wir ihnen da auch sehr recht. — Es geht überhaupt nichts über die Zufriedenheit.

Nun haben aber nicht allein die drei, jetzt vier Maler nochmal durch das Einsenden der Lohnbücher der dortigen Fabrik ihren — guten Ruf erhalten und befestigen wollen, sondern auch der erstmalige Einsender der Schilderung (in Nr. 7) hat eine längere Epistel eingesandt, deren Abdruck mindestens drei Spalten Raum erforderte. Das geht aber nicht an, daß wir Saasdorf so viel Platz widmen. Jedoch den Extrakt wollen wir aber aus dem Einsandte hier bringen. Der Kollege hält seine Behauptungen (in Nr. 7 der „A.“) im Allgemeinen aufrecht, wundert sich, daß statt der Geschäftsleitung die 3 Kollegen auf seine Angriffe erwidern und er glaubt, daß zumelst der Obermaler Anton Hahn (nicht zu verwechseln mit dem Gen. A. Hahn, der Delegirter der Rudolstädter Gen.-Vers. war) dahinter stecke. 5 oder gar 7 Jahre sei noch kein Maler dort in Arbeit. Daß Artikel vorlämen, bei denen nichts verdient werden konnte, sei wahr und die Erwidrer hätten diese selbst nicht machen wollen dagegen opponirt, weil eben nichts dabei zu verdienen sei. Er giebt zu, daß manchmal höhere Verdienste erzielt worden seien, jedoch würden die Betreffenden bei der Arbeitsausgabe bevorzugt. — Das Arbeiten während der Pausen habe sich sehr eingewöhnt, besonders Karnischky arbeite fast alle Pausen durch.

Daß Maler nicht in die Dreherei kämen, sei unwahr, die Erwidrer kämen selbst öfters nach dort. Wenn Letztere meinen, die Firma bekäme so viel Dreher wie sie wolle, so sei es doch eigenthümlich, warum sie keine beschäftigt habe.

Interessant ist es, was der Kollege bezüglich des Verdienstes der Behrlinge schreibt. Er bestrittet nicht, daß schon 20 und 28 Mk. in 14 Tagen verdient worden sei. Die Behrlinge bekämen aber denselben Akkordlohn wie die Maler, und würden 2 pSt abgezogen. Danach müßten wir ja das, was wir oben bezüglich der Behrlinge geschrieben, berichtigen. — Es folgt nun eine Schilderung der Charaktereigenschaften des Obermalers, sowie der „Erwidrer“, die wir übergehen. Der Knall-effekt ist schließlich der, daß der Einsender des Berichts in Nr. 7, als die „A.“ Nr. 11 dort ankam, ohne Kündigung die Arbeit aufgeben

mußte, weil er Unwahrheiten in der „A.“ berichtet hätte und ihm alles schwarz auf weiß widerlegt wurde. Dabei hätten die drei den Ruf der Fabrik wahrenben Kollegen schadenfroh gelacht.

Wir können uns nicht vorstellen, daß der nun entlassene R. aus purem Uebermuth etwa sich in die Oeffentlichkeit mit Schilderungen über die Saasdorfer Verhältnisse gewagt hat. Wenn auch schließlich nicht alles bis aufs Tüpfelchen über dem i stimmen sollte, keineswegs dürften, auch nachdem nun die 3 oder 4 Maler eine Sanze für den Ruf des Geschäfts gebrochen haben, die Verhältnisse dort über aller Kritik erhaben sein. Der Kollege R. mag recht damit haben, wenn er am Schlusse seiner letzten Zuschrift meint, es sei traurig, daß, wenn man Mißstände aufdeckt, schließlich die eigenen Kollegen über den Betreffenden herfallen.

Wir gehen weiter und sagen, es ist traurig, daß in der Porzellanerei es „gelernte“ Arbeiter giebt, die daran gewöhnt sind, einen Verdienst von ca. 18—20 Mk. die Woche bei langer Arbeitszeit als einen solchen hinzustellen, die den guten Ruf einer Fabrik begründen könnten. Mindestens hätten sie das Letztere der Geschäftsleitung überlassen können.

— Zu Markt-leuthen (Oberfranken) hat die Firma Porzellanfabrik Rich. Drechsel den Versuch unternommen, die Organisation der Porzellanarbeiter zu sprengen, indem sie einige Mitglieder wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation gekündigt hat. Es werden nunmehr die übrigen Mitglieder des Verbandes als Antwort ihrerseits ihre Kündigung einreichen. Der Verbandsvorstand hat in seiner dieswöchentlichen Sitzung die Sperre über genannte Fabrik verhängt.

Nach Mittheilung an den diesseitigen Vorstand hat auch der Vorstand des Selber Verbandes die Sperre über die Fabrik Markt-leuthen verhängt. Wir ersuchen die Zahlstellenverwaltung, der Redaktion für die nächste Nummer nähere Mittheilungen über die jeweilige Situation zukommen zu lassen.

Da vorzugsweise auf „Erfahrkräfte“ aus dem nahen Böhmen seitens der Fabrikleitung spekulirt wird, mögen die dort organisirten Berufsgenossen für weitest Verbreitung obiger Thatsachen sorgen.

— Ueber Maßregelungen von Buntmalern der Kaiser Porzellanfabrik in Eisenberg berichtete die „A.“ in ihrer Nr. 11. Der Vorstand verhängte über die Buntmalerei genannter Fabrik die Sperre. Es wird nun mitgetheilt, daß die Kündigung der in Frage kommenden 4 Maler (sämmliche sind Familienväter) abgelaufen ist und entlassen sind. Die Sperre ist deswegen genau zu beachten.

— In Martturoda (Firma Eger u. Co.) hat, wie bereits in Nr. 11 der „A.“ berichtet wurde, die Firma bedeutende Lohnreduzierungen vorgenommen. Desgleichen sind mehrere Berufsgenossen entlassen worden; wie die Firma auch noch ihrem Lohnrückgangssystem den Hohn hinzusetzt, geht aus folgendem Wortlaut einer Kündigung hervor: „Da Sie mit den in unserer Fabrik bestehenden Verhältnissen, sowie mit dem Lohn nicht zufrieden sind, sehen wir uns veranlaßt, Sie zu kündigen. Wir hoffen und wünschen, daß es Ihnen gelingen wird, anderweitig lohnendere Beschäftigung zu finden.“

Die Arbeiter werden außerdem von dem Fabrikhaber mit Worten titulirt, die Beleidigungen größter Art enthalten. Die Berufsgenossen mögen das Colorado im eigendsten Interesse meiden.

— Die Bonner Verblendstein- und Thonwaaren-Fabrik in Sangelar wünscht festgestellt zu sehen, daß nicht, wie in Nr. 10 der „A.“ berichtet wird, sie die Former

entlassen hat, weil diese sich weigerten, billiger zu arbeiten, „sondern die Former haben versucht, was in der Weise zu hintergehen, daß sie sich für Formstücke, für welche laut Akkordlohn und nach dem Kubikinhalt 5 Pf. pro Stück zu zahlen waren, von einem neu engagirten Techniker, der mit den einschlägigen Verhältnissen unbekannt war, 10 Pf. bewilligen ließen, indem sie demselben vorspiegelten, daß dies der richtige Lohnsatz sei“.

Damit wir diese Angabe der Firma veröffentlichten, brauchte dieselbe uns nicht erst den Vorwurf der Unwahrheit zu machen und sie brauchte auch nicht in ziemlich grobkörniger Weise die Berichtigung zu fordern, wir wären auch dem Erfuchen nachgekommen.

Die entlassenen Former haben nun das Wort und wenn es sich so verhält, wie die Firma oben sich äußert, so hätten die Former dem Vorstand unrichtige Thatsachen unterbreitet, die Sperre wäre eventuell aufzuheben. Die Firma äußert sich so sehr „von oben herab“ über unsere „A.“, daß es einigermassen verwunderlich ist, daß sie kategorisch obige Mittheilung „fordert“.

— Unsere Leser werden sich erinnern, daß im vorigen Jahre unsere englischen Berufsgenossen in Hatfield, die speziell in Sanitätsgeschirren, Klosets zc. arbeiten, Differenzen hatten. In Nr. 27 sowie Nr. 44 der „A.“ schrieben wir davon. Außer kleineren Schamüßeln, die geliefert wurden, kam es nicht zu einer größeren Bewegung. Die Unternehmer, die eine Lohnreduzierung unter Bezugnahme auf die billigeren deutschen Arbeitslöhne durchdrücken wollten, ließen es nicht zur Schlacht kommen; ganz aus dem Kopfe hatten sie sich die Reduktion aber nicht geschlagen, schon damals wurde auf den diesjährigen 25. März hingewiesen, der anscheinend drüben in England im Arbeits- oder Fabrikbetriebe eine besondere Bedeutung hat.

Ende voriger Woche haben wir nun von dem Sekretär der Vereinigung der hier in Frage kommenden Sanitätsgeschirrarbeiter in Hanley ein Telegramm erhalten, welches in der Uebersetzung wie folgt lautet: „Differenzen bei Gebr. Johnson Hanleyer Sanitätswerke. Zugang fernhalten“.

Es scheint nun, als wenn tatsächlich der schon im vorigen Jahre in der Luft schwebende Lohnkampf unserer englischen Berufsgenossen ausgebrochen ist, es käme eine große Anzahl Arbeiter dabei in Frage.

Wie in Deutschland bei solchen Anlässen die Herren Unternehmer immer gleich auf die Suche nach Individuen gehen, die sich nicht scheuen, ihren Arbeitsgenossen verrätherisch in den Rücken zu fallen, ihnen den Steg ihrer gerechten Sache durch Streikbrecherdienste zu vereiteln, so ist es eben auch in England.

Dem Unternehmer in Begefac gelang es 1896 aus England 13 Berufsgenossen als „scabs“ zu kapern, jedoch gelang es uns, diese zu ihrer kollegialischen Pflicht zurückzurufen, sie dampften wieder ab, als sie den Stand der Dinge in Begefac erfuhren.

Möglich, daß die Herren Unternehmer unserer Branche in England, nun nach den ihrer Ansicht nach billiger arbeitenden deutschen Porzellanarbeitern ihre Nege auswerfen und Erfahrkräfte anwerben. Die englischen Arbeiter machen bei solchen „Gentlemen“ aber soviel wir orientirt sind, kürzeren Prozeß, bezw. sie weisen ihnen deutlicher ihre „Fist“ als wie es bei uns, wo solche Elemente zu den besonders nützlichen Elementen des Staates gezählt werden, der Fall sein kann. Deswegen, glauben wir, wird sich Niemand als Streikbrecher nach England wagen. Ganz abgesehen aber davon, hoffen wir, daß nicht ein einziger Kollege sich finden wird, der, trotzdem unsere englischen

Kollegen vor Bezug nach Hanley warnen, sich etwa in den unlauteren Dienst jener englischen Unternehmer begibt, die ihren Arbeitern den Lohn herabdrücken wollen. Wir werden uns bemühen, die deutschen Kollegen über diese Angelegenheit auf dem Laufenden zu erhalten.

— Bekanntlich hat am 2. und 3. März d. Js. die Konstituierung des Verbandes der Porzellanarbeiter Oesterreichs stattgefunden. Die letzte Nummer der „Solidarität“ bringt über den Verbandstag einen Bericht und mit Rücksicht darauf, daß unser Verband voraussichtlich wieder in ein Gegenseitigkeitsverhältnis mit der neuen Organisation treten wird, unterlassen wir nicht, das Wichtigste aus dem Bericht der „Solidarität“, den der Verbandsobmann Gen. Palme abgefaßt hat, auch in der „N.“ zu veröffentlichen.

Vertreten waren die Orte: Joches, Klösterle, Poschegau, Pessau, Merkersgrün, Haindorf, Radlitz, Sobau, Chobau, Meierhöfen, Hohenstein, Fischern, Altrohla, Taschwitz, Graupen, Eichwald, Elbogen, Bodenbach, Duz, Budweis, Zech, Schlaggenwald, Mich, Schlackenwerth, Turn, Gießhübl, Sadowitz, Ottowitz; 28 Orte durch 34 Delegirte.

Ins Präsidium wurden gewählt: Karl Neurer, Franz Palme, Alb. Miesl.

Gen. Palme berichtet über seine Thätigkeit seit der Auflösung der „Union“ und geht daraus hervor, daß sich bis jetzt 35 Ortsgruppen und Zahlstellen mit ca. 1600 Mitgliedern dem Verband angemeldet haben. Nur Neustadt an der Tafelste hat sich bis heute dem Verband noch nicht angeschlossen.

Arbeitslosenunterstützung wurde bis jetzt 30 Mitgliedern bewilligt; Fahr- und Uebersiedlungskosten 2 Mitgliedern, Krankenunterstützung 2 Mitgliedern, Nothfallunterstützung 1 Mitglied.

Versammlungen wurden 19 abgehalten, das provisorische Verbandskomitee hat 8 Sitzungen abgehalten.

Neue Mitglieder wurden 15 aufgenommen.

Behufs Aufrechterhaltung des Gegenseitigkeitsverhältnisses wurde mit dem deutschen Porzellanarbeiterverband in Fühlung getreten und vorläufig der provisorische Weiterbestand desselben gesichert.

Rassebericht.

Einnahme.	
Für Extrasteuer Kr.	896,70 (Gruppen)
Beiträge „ „	3,20 (einzelne Mitgl.)
Union erhalten „	9,04 „
Ueberschuß „	559,30 „
Beihilfefond „	1075,33 v. 4. Quart. 1901
„	338 32
Sa. d. Einnahm. Kr.	2881 89
Sa. d. Ausgaben „	468 05
Rassebestand Kr.	2413,84
Guthaben bei Gruppen „	343,15
Guthaben für d. Beihilfefond „	23,52
Summa Kr.	2780 51

Der 2. Punkt der Tagesordnung betraf die Wahl des Vorstandes und der Kontrollkommission. Gewählt wurde als Obmann: Franz Palme, Fischern; 1. Stellvertreter: Wilhelm Mann, Maler, Fischern; 2. Stellvertreter: Anton Schneider, Dreher, Meierhöfen; in den Ausschuß wurden gewählt: Wilh. Stieler, Maler, Altrohla; Mansuet Agler, Maler, Fischern; Franz Hahm, Maler, Altrohla; Josef Lorenz, Rapseldreher, Meierhöfen.

Auch ein Schiedsgericht haben sich die österreichischen Berufsgenossen zugelegt und wurden in dasselbe gewählt: Joh. Lochner, Dreher, Schlaggenwald; Karl Zauckl, Dreher, Altrohla; Joh. Weinert, Dreher, Klösterle;

Franz Hauschild, Formgleher, Sadowitz; Karl Neurer, Maler, Duz. Vielleicht erfahren wir demnächst, welche Funktionen dieses Schiedsgericht auszuüben hat, resp. ob es nach dem Muster des unserigen eingerichtet ist.

4. Punkt der Tagesordnung: „Beschlussfassung über die Höhe der von den Mitgliedern zu leistenden Beiträge, sowie an dieselben zu gewährenden Unterstützungen“. Zu diesem Punkt lagen mehrere Anträge vor und zwar von der Gruppe Altrohla: „Jedes Mitglied hat das Fachblatt quartalsweise im Vorhinein zu zahlen, die Berechnung hat von der Ortsgruppe aus direkt mit der Administration der „Solidarität“ zu geschehen“. (Angenommen.)

Antrag Meierhöfen: In der 1. Klasse statt 9 Kr. nur 8 Kr. Unterstützung zu gewähren (abgelehnt), ebenso der Antrag Budweis, die Gemäßregelten-Unterstützung auf ein halbes Jahr zu verlängern.

Angenommen wurde ein Antrag des Gen. Glas, Radlitz: „Neu beitretende Mitglieder haben bei Erlegen des Gründungsbeitrages das Abonnement für das Fachblatt im Vorhinein zu entrichten“.

Angenommen wurden die von der provisorischen Verbandsleitung vorgeschlagenen Beiträge und Unterstützungssätze, und zwar:

Klasse	Beitrag p. Woche	Höhe der Unterstützung
1.	36 S.	9 Kr. durch 10 Wochen
2.	26 „	6 „ „ 10 „
3.	20 „	4 „ „ 6 „
4.	16 „	nur Rechtschutz.

In der 1. und 2. Klasse werden auch Fahr- und Uebersiedlungskosten in der bisherigen Höhe gewährt.

Gründungsbeitrag beträgt	1. Klasse Kr.	1,—
„	2. „	1,—
„	3. „	1,—
„	4. „	1,50

Im nächsten Punkt wurden die Reglements berathen, wobei ein Antrag angenommen wurde:

„Mitglieder, welche 10 Jahre der Organisation ununterbrochen angehören und über 50 Jahre alt sind, zahlen die Beiträge der nächstniedrigsten Klasse, in welcher sie bisher gezahlt haben, und erhalten die Unterstützung jener Klasse, in der sie bis zum 50. Lebensjahre gewesen sind“.

Im Beihilfefonds-Reglement wird bestimmt, daß der Wochenbeitrag 20 S., der Gründungsbeitrag 70 S. beträgt. Im Krankenfalle erhält jedes Mitglied nach sechsmonatlicher Karenzzeit ein Krankengeld in der Höhe von 60 S. per Tag durch 10 Wochen in jedem Jahr. Im Entbindungsfalle nach 10 monatlicher Karenzzeit 4 Wochen per Tag 60 S.

Sterbekasse: Es wurden zwei Anträge eingebracht, und zwar von Altrohla, dahingehend, das Sterbegeld statt von zwei zu zwei Jahren zu erhöhen, immer nach einem Jahr zu erhöhen. (Wurde wegen finanzieller Bedenken abgelehnt.)

Der Antrag Hahm (Altrohla), der Jahresbeitrag von 1 Kr. ist aufzuerlassen, wurde angenommen.

Der Antrag Budweis: Diejenigen, welche nicht gleich der Sterbekasse beitreten, haben in Zukunft einen höheren Gründungsbeitrag zu leisten, wurde vorläufig abgelehnt. Das Reglement der Sterbekasse wurde dann angenommen.

Der Verband zahlt seinen Mitgliedern in den ersten zwei Jahren 80 Kr., zweiten zwei Jahren 160 Kr., dritten zwei Jahren 240 Kr., vierten zwei Jahren 320 Kr. und nach achtjähriger Mitgliedschaft der Sterbekasse 400 Kr. Begräbnisgeld aus.

Gründungsbeitrag 1 Kr.

Die Beiträge werden im Umlagewege, auf alle Mitglieder nach Anzahl der Sterbefälle

gleichmäßig vertheilt, vierteljährig durch die Zahlstellenkassirer eingehoben. Aufgenommen werden alle Mitglieder des Porzellanarbeiterverbandes Oesterreichs und ihre Frauen, wenn sie das 60. Lebensjahr noch nicht überschritten haben und gesund sind.

Bei Punkt „Fachpresse“ wurde anerkannt, daß es nöthig ist, daß das Fachblatt öfter als bisher (2 Mal im Monat) erscheint. Persönliche Streitigkeiten sollen im Fachblatt unterlassen werden. Ein Antrag Wien, ein eigenes Verbandsorgan zu gründen, auch wenn dasselbe nur monatlich erscheint, wurde abgelehnt, mit Rücksicht auf dem nervus rerum und weil überhaupt die nöthige Mitgliederzahl nicht vorhanden ist. — Das Fachblatt „Solidarität“ ist obligatorisch einzuführen und im Voraus pro Quartal zu bezahlen.

Bei Punkt „Organisation, Agitation und Taktik“ ermächtete Palme die Anwesenden kräftig zu agitiren und neues Leben im neuen Verbands zu entfalten. Er empfiehlt die Beiträge bei der Lohnzahlung einzunehmen, mit dem Nestwesen, welches dem Verband schädige, thunlichst aufzuräumen. Dem sozialdemokratischen Verbands im Abgeordnetenhaus sollen die Zustände der Porzellanindustrie übermittelt werden, damit diese eine Interpellation einbringen. — Ein Artikel, der die Arbeiterinnen zur Organisation anfeuert, soll im Fachblatt erscheinen und Extrahüge davon als Flugschrift verwandt werden. — Aus finanziellen Gründen wird beschlossen, die Subvention des Genossen Wanda einzustellen, die Deplirer Gruppen sollen sich auf einem Vertrauensmann einigen, dessen notwendige Interventionskosten aus Verbandsmitteln gedeckt werden sollen. Auf 6 Wochen soll eine billige Hilfskraft zur Einrichtung der nöthigen Listen etc. eingestellt werden. — Sämmtliche Ortsgruppen der keramischen Union, soweit sie sich dem Porzellanarbeiterverband Oesterreichs angemeldet haben, haben sich aufzulösen und sich vorläufig in eine Zahlstelle umzuwandeln, bis die Statuten des Verbandes von der Behörde genehmigt sind.

Angenommen wird ein Antrag, wonach der Vorstand ermächtigt wird, alle neu beitretenden Mitglieder, die wenigstens ein Jahr Mitglied der Union waren und nicht länger als ein Jahr ihre Mitgliedschaft verloren haben, ohne Gründungsbeitrag aufzunehmen. Besonderes Interesse dürfte für unsere Verbandsmitglieder folgender angenommene Antrag haben: „Die vorhandene Verbandschuld der deutschen Porzellanarbeiter soll von der Union gleichmäßig vertheilt werden und zwar nach der Mitgliederzahl vom 24. Novbr. 1901.“ Der Beitritt zur Gewerkschaftskommission Oesterreichs wird beschlossen. Die Beschlüsse treten mit dem 1. April d. J. in Kraft. Der neue Vorstand wird ermächtigt, das Gegenseitigkeitsverhältnis mit dem deutschen Verbands zu erneuern. Zur Generalversammlung des Letztern wird Gen. Palme delegirt.

Wir wünschen dem neuen Verbands das beste Gedeihen.

Versammlungsberichte etc.

— In Alexandrinenthal, Porzellanfabrik, wird im Jahre 4 Mal geschweert, 2 Mal wöchentlich gelehrt. Nicht muß bezahlt werden, den Augenauschnidern und Geschnitzmalern sollen 10 pCt. Lohnabzug zugemuthet worden sein. Die Behandlung soll auch hier eine „schlau politische“ sein. (? D. Red.)

Berlin-Moabit. Die Versammlung vom 17. d. M. hatte zur Tagesordnung: 1. Wahl eines Kandidaten als Delegirten zur Generalversammlung. 2. Anträge zu derselben. Als Kandidat wurde der frühere stellvertretende Verbandsvorsitzende Gen. Adolf Kern einstimmig gewählt. Derselbe hat seit Bestehen der Organisation den lebhaftesten Antheil an der Entwicklung dieser genommen und dürfte infolge seiner Kenntnisse über den Entwicklungsgang der Organisation und seinem aufrichtigen Bestreben diese zu fördern,

am geeignetsten erscheinen, auch bei der diesjährigen Generalversammlung zum Besten der Organisation mit zu arbeiten. Die Zahlstelle Moabit ersucht deshalb alle zur 38. Wahlgruppe gehörigen Zahlstellen, bei der Wahl dem Gen. Kern ihre Stimme zu geben.

Folgende Anträge sollen zur Generalversammlung gestellt werden:

1. Das Schiedsgericht ist von Oberhausen nach einem anderen Orte zu verlegen. Dem neuen Schiedsgericht ist genau vorzuschreiben, worüber es zu entscheiden hat.

Begründung: Das jetzige Schiedsgericht hat nicht nur die Wirren innerhalb des Verbandes geschlichtet, sondern hat selbst noch vergrößert. Eine Grenze, worüber das Schiedsgericht zu entscheiden hat, muß aber deshalb gezogen werden, damit die ewigen Streitigkeiten zwischen Vorstand und Schiedsgericht endlich einmal aufhören. Diese sind nur dazu angehtan, uns in den Augen anderer Organisationen herabzusetzen und schädigen ferner auch die Entwicklung unserer eigenen Organisation.

2. Die Prämien für 5- und 10jährige Mitgliedschaft sollen in Wegfall kommen.

Begründung: Sanierung der Kasse.

3. Der Vorstand ist berechtigt, wenn die Verhältnisse dies erfordern, Extrabeiträge auszusprechen.

Begründung: Dem Vorstand Mittel in die Hand zu geben, um bei Nothfällen schnell Aushilfe schaffen zu können. Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe. Im Beihilfefond, in dessen Reglement dieser Paragraph enthalten ist, hat sich die Erhebung der ausgeschriebenen Extrabeiträge glatt abgewickelt. Wie es dagegen im Verband aussah, braucht wohl an dieser Stelle nicht näher geschildert zu werden.

4. Mitglieder, welche feiern müssen, können auf ihren Antrag während der Dauer der Feiertage von ihren Beiträgen befreit werden.

Begründung: Es würden dem Verband dadurch viele Mitglieder erhalten bleiben.

Burggrub. Die am Sonnabend, den 23. März stattgefundene Versammlung war von 27 Mitgliedern besucht, es wurden folgende Anträge zur Generalversammlung gestellt:

Antrag 1. 10 pCt. verbleiben den Zahlstellen für die nötigen drucklichen Ausgaben.

Begründung: Die 5 pCt. reichen nicht aus.

Antrag 2. Wir schließen uns dem Antrag Dhrdruf an (s. Nr. 10 der A.) den Arbeitsnachweis obligatorisch einzuführen.

Antrag 3. Es soll eine Rednerin gewonnen werden, die im Stande ist, den Arbeiterinnen über ihre Lage Klarheit zu geben. Dieselbe müßte den Zahlstellen in bestimmten Zeiten zur Verfügung stehen und über passende Thematika sprechen können. Auch sollte man den Arbeiterinnen, sobald sie ihre Karenzzeit herum haben, bei einer Entbindung eine Unterstützung von 4 Wochen, pro Woche 4 Mk., gewähren. 50 Mk. wäre doch zu hoch.

Begründung: Hier muß Wandel geschaffen werden, um den Arbeiterinnen etwas zu bieten. Manche Arbeiterin sagt sich, ich bekomme ja doch nichts aus dem Verband, wenn ich mal aufhöre, da fange ich gleich wieder wo anders an, und bekannt ist ja der Arbeiterin, daß sie eine gesuchte Waare ist. Hier in unserem Orte, wo so viele Mädchen arbeiten, müssen wir das öfters hören, wir glauben, daß es werth wäre, etwas nach obiger Richtung hin zu schaffen.

Am 9. März d. J. fand unser diesjähriges Stiftungsfest in Burggrub statt, welches sich eines zahlreichen Besuches erfreute. Wir sagen hiermit den benachbarten Zahlstellen, sowie den Mitgliedern der Zahlstelle Stockheim des Verbandes der Glasmacher Deutschlands, welche uns kräftig mit Vorträgen unterstützten, unseren verbindlichsten Dank. Leider ist auch ein kleiner Zwischenfall zu verzeichnen, einige Ruppendorfer Mitglieder fanden den Eintrittspreis von 30 Pf. zu hoch, sie zogen es vor, lieber einen Stat zu dreschen.

Dresden. In der am 12. März im Restaurant „Zur Börse“ stattgefundenen öffentlichen Versammlung wurde als Punkt 1 Mitglieder Abstimmung vorgenommen und ergab dieselbe, daß Frage 1 und 2 einstimmig abgelehnt, Frage 3 mit 45 Stimmen angenommen wurde. Punkt 2: Anträge zur Generalversammlung. Gen. Seebald gab über die von der Agitationskommission näher formulierten Anträge, mit welcher sie auf Beschluß der vorhergehenden Versammlung beauftragt war, ausführlichen Bericht. Sämtliche Anträge wurden nach kürzerer Diskussion einstimmig gut geheßen resp. angenommen. Eine spezielle Veröffentlichung der Anträge soll an dieser Stelle unterbleiben, da der Vorstand dieselben ja doch später veröffentlichten wird. Die Wahl des Delegierten zur Generalversammlung wird in der nächsten öffentlichen Versammlung Mitte April stattfinden und soll die Agitationskommission geeignete Vorschläge bringen. Des Weiteren werden die Genossen aufgefordert, für einen guten Versammlungsbesuch zu agitieren. Zum Schluß regt Gen. John an, einen Frühjahrsausflug zu veranstalten, und wird eine rege Betheiligung erwartet. Das Nähere über die Partie wird der Agitationskommission überlassen.

Gilberfeld. In der am 15. d. Mis. stattge-

fundenen außerordentlichen Versammlung kamen, wie fast in jeder Versammlung, die Mißstände in den hiesigen Geschäften zur Sprache. Es wurde einstimmig beschlossen, eine Notiz in der A. zu veröffentlichen, daß die Kollegen, welche in Zukunft eventuell hier in Stellung treten wollen, sich vorher bei der Zahlstelle über die hiesigen Verhältnisse erkundigen wollen. (Siehe vorige Nummer.) Vor allem aber jetzt, wo die hiesigen Kollegen im Begriff sind, eine Lohnregulierung vorzunehmen, wolle man Gesuche, welche von hiesigen Geschäften ausgehen bezw. schon in der „Blechzeitung“ erschienen sind, nicht beachten, denn die Firmen reflektieren dabei doch auf billigere Arbeitskräfte, und sollte ihnen die Gewinnung derartiger Elemente gelingen, so wären wohl die hier am Platze befindlichen Kollegen, welche immer auf Preis gehalten haben, überflüssig. Man wolle sich also unter allen Umständen vorher bei der hiesigen Zahlstellenverwaltung erkundigen.

Alsdann beschloß die Versammlung die Aufstellung des Gen. Robert Piehler als Kandidaten für die Delegiertenwahl zur Generalversammlung. Wir hoffen, daß die zu unserem Bezirke gehörenden Zahlstellen Oberhausen, Ahlen, Hamm, Schwelm und Solingen unseren Kandidaten unterstützen. Nähere Mittheilungen hierzu werden den Zahlstellen-Verwaltungen noch zugehen.

Fürstberg (Oder). Die für den 15. März bestimmte Monatsversammlung konnte wegen Lokalangelegenheiten erst am 17. März abgehalten werden. Die Versammlung, welche von 8 Mitgliedern besucht war, beschäftigte sich u. A. mit Anträgen zu der bevorstehenden Generalversammlung. Es sind mehrere gute Anträge mit Begründung von anderen Zahlstellen gestellt, und werden z. B. die Anträge der Zahlstelle Nürnberg von 1-3, und besonders der Antrag des Gen. Hoffmann-Zimenau von hiesiger Zahlstelle für gut befunden; letzteren Antrag halten die Mitglieder für die Zahlstellen sehr vorteilhaft, und wie wir bereits in Erfahrung gebracht, ist der Polzarbeiter-Verband auch in Gause eingeklinkt. Ueber die Vortheile oder den Nutzen dieser Einbeziehung wollen wir nicht urtheilen, meinen aber, wenn dieses System schon in einem Verband besteht und sich vielleicht auch bewährt, warum sollte es bei uns etwas unmögliches sein? Die angeführten Anträge wurden einstimmig für gut bezeichnet und sollen durch unseren Delegierten unterstützt werden. Dagegen die Anträge Berlin II von 1-6, können von der Zahlstelle nicht unterstützt werden, besonders die ersten 5 würden die Mitgliederzahl bedeutend reduzieren, die Extrabeiträge haben doch schon bewiesen, wie weit die Opferwilligkeit einer Anzahl von Mitgliedern geht. Auch der Antrag Rudolstadt, die A. vierseitig erscheinen zu lassen, ist mit Bezug auf die moderne Arbeiterbewegung und deren Fortschritt nicht zu empfehlen. Des Weiteren wurde beschlossen, keinen Kandidaten von unserer Zahlstelle aufzustellen, sondern einen von den uns vorgeschlagenen als Delegierten zu wählen. Ein Artikel aus dem „Nordböhmisches Volksboten“ wurde in der Versammlung zur Kenntniß gebracht, in welchem die Zustände und inhumane Behandlung in der Großmännischen Maserel in Radeberg (Sachsen) beleuchtet werden. Soweit haben es die Radeberger Kollegen gebracht, indem sie dem Verbande den Rücken kehrten und werden es vielleicht noch weiter bringen.

Frankfurt. In der am 15. d. Mis. abgehaltenen Zahlstellen-Versammlung referirte Gen. Seemann über das Thema: „Der wirtschaftliche Rückgang, dessen Ursache und Wirkung“. Der Versammlungsbesuch war ein sehr guter zu nennen und hatten sich auch einige Genossen von Stockheim eingefunden. Referent führte u. A. aus, daß die reaktionäre Gesellschaft wirtschaftliche Rückgänge bezw. Krisen als eine unabwendbare Begleiterscheinung erachtet, ja daß eine Fraktion (Antisemiten) wirtschaftliche Rückgänge und Krisen auf das Konto des Judenthums setzt. Nach des Referenten Meinung ist es nur möglich Krisen zu beseitigen durch die Bildung einer sozialistischen Gesellschaft auf demokratischer Grundlage. Des Weiteren erläuterte der Referent, wie durch die Bankkrach, wahnsinnige Spekulationen, die industrielle Bevölkerung geschädigt wurde verstärkt noch durch den südafrikanischen Krieg sowie der Hochkonjunkturpolitik. Arbeitslose, Kürzung der Arbeitszeit und des Lohnes, sowie Betriebsknechtungen wären die Wirkungen dieser wahnstinnigen Spekulation. Die Versammlung hörte dem ca. 1 1/2 stündigen Vortrage des Referenten mit großem Interesse zu und sollte letzterem am Schluß reichen Beifall. Nach diesem Vortrage fand die Wahl des Kandidaten zur General-Versammlung statt und wurde Genosse Seemann mit überwiegender Majorität gewählt. Nach Erledigung dieser Angelegenheiten wurde folgender Antrag zur General-Versammlung angenommen:

„Magdeburger Mitgliedern soll innerhalb eines Jahres nach der General-Versammlung die Befugniß zugesprochen werden, ohne Karenzzeit Lokalstellenweis in den Porzellanarbeiter-Verband übertreten zu können. Nach Ablauf dieser Frist soll ihnen die Möglichkeit genommen werden resp. dürfen dieselben bei einem event. Uebertritt als neu aufgenommene Mitglieder zu betrachten sein.“

Begründung: Da bereits schon einige Lokalstellen übertraten wollten, würden wir in Kürze die

Mehrzahl der Magdeburger Mitglieder in unserem Ver-

bande haben. Beim letzten Punkt der Tagesordnung wurde über Verhältnisse in den drei hiesigen Fabriken lebhaft Klage geführt. Besonders wurde in den beiden Fabriken Firma Bauer u. Rosenthal sowie Firma Gebr. Kühnlenz die Behandlung seitens verschiedener Vorgesetzter den Arbeitern gegenüber einer scharfen Kritik unterzogen. Ganz besonders zeichnen sich die Herren Obermaier durch ihre schneidige Vorgehen sowie durch ihre schroffe Behandlungsweise aus. Ist es doch vorgekommen, daß bei der Firma Gebr. Kühnlenz ein Maler, welcher mehrmals einige Minuten zu spät kam, in 14 Tagen nicht weniger als 9 Mal mit Strafe belegt wurde. Die Zahlstelle wird sich die betreffenden Herren noch genauer unter der Lupe ansehen. Ueber die Firma Magnus Reube, von welcher wir erst vor Kurzem über dort bestehende Mißstände berichten mußten, wurde auch in dieser Versammlung wieder von dort beschäftigten Arbeitern betreffs Lohnrückstellungen Beschwerde geführt. So z. B. will der Unternehmer bei den Malern nur noch Bezahlungspresse einführen. Fürs Duzend lassen sich die Preise gar nicht mehr berechnen, sondern es soll meistens nur nach Gros gehen und wenn es außerdem möglich wäre, würde schließlich nur nach Centnern bezahlt. Auch bei den Gläsern und Gläserinnen kommen fortwährend Lohnreduzierungen vor. Herr Reube scheint der Meinung zu sein, daß er genügend Arbeiter erhält, aber erfreulicherweise sind die hiesigen Porzellanarbeiter gut organisiert und gerade von der Firma Reube können wir berichten, daß sämtliche Arbeiter, welche das gesellschaftliche Alter erreicht haben, bis auf 4 organisiert sind.

Manufaktur-Räfertal stellt den Antrag zur Generalversammlung:

„Die Generalversammlung möge beschließen, den weiblichen Mitgliedern die Möglichkeit zu bieten, sich höher zu versichern.“

Begründung: Indem bei Streiks oder Aussperrung die weiblichen Mitglieder sehr oft deswegen dem Verbande den Rücken kehren, weil dieselben mit 4 Mk. Unterstützung nicht auskommen können.

Nymphenburg. Die am 15. März abgehaltene kombinierte Versammlung der Zahlstellen München und Nymphenburg beschäftigte sich hauptsächlich mit den Anträgen zur General-Versammlung. Antrag 1 Nürnberg: Das Schiedsgericht von Oberhausen nach Dresden zu verlegen, ist die Versammlung entschieden dagegen, da sie Dresden nicht als den geeigneten Ort betrachten kann. Antrag 2 Nürnberg wurde speziell von Mitgliedern des Beihilfefonds stark bekämpft und wurde betont, daß eine obligatorische Einführung des Beihilfefonds dem Verband zum Nutzen gereichen würde. Bei Antrag 3 wurde zur Tagesordnung übergegangen. Antrag Dhrdruf: Das Schiedsgericht in Wegfall kommen zu lassen, konnte nicht beigegeben werden, indem es ohne eine Berufungsinstanz in unserem Verbande absolut nicht möglich ist, daß Mitglieder in allen Fällen mit den Beschlüssen des Hauptvorstandes einverstanden sein können. Die Anträge Berlin II wurden sehr scharf kritisiert, auf der einen Seite Erhöhung der Beiträge, auf der anderen Seite Abschneidung der Rechte, würde die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder fast unmöglich machen; im Gegentheil würde der Verband sehr viele Mitglieder verlieren. Ueber Agitation entspann sich eine sehr lebhafteste Debatte. Die Versammlung hält es nicht für richtig, daß die zur Agitation verfügbaren Mittel nur zu gewerkschaftlichen Vorträgen benützt werden dürfen, ist vielmehr der Ansicht, daß mancher Unorganisirte eher eine Versammlung besuchen würde, wenn ein wissenschaftlicher Vortrag stattfände. Des Weiteren wurde Stellung genommen zu der mehrfachen Anregung, anstatt Agitations-Bezirke die Gauentheilung in unserem Verband einzuführen. Einen Fortschritt in der Agitation kann die Versammlung nicht finden, da durch die Gauentheilung ein relativer Zweck nicht erreicht wird, der Verbandskasse dagegen kolossale Opfer auferlegt würden. Nachdem Genosse Stauber in längerer Ausführungen seine Stellungnahme zu den Anträgen präzisirt hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Golditz. Die auf den 15. März anberaumte Versammlung war von 52 Mitgliedern besucht. Nachdem Punkt 1: Kassiren der Beiträge sowie Punkt 2: Bericht über den Quartalsabschluss pro 4. Quartal 1901 ihre Erledigung gefunden hatten, gelangte man zum dritten sehr wichtigen Punkt: Aufstellung eines Kandidaten zur Delegiertenwahl für die nächste General-Versammlung. In Vorschlag kamen hierzu die Gen. A. Lindner und M. Dertel, dem anschließend gab der Kassirer ein Schreiben von den Mitgliedern in Döbeln bekannt, worin selbige mittheilen, daß sie den Gen. Jahn, Döbeln als Kandidaten aufstellen. Es wird hierorts Gen. M. Dertel von den beiden in Vorschlag gebrachten Genossen als Kandidat zur Delegiertenwahl für die nächste General-Versammlung gewählt. Bei Punkt 4: Anträge zur General-Versammlung wird beschlossen: 1. Dem Antrag Berlin II, betreffend Erhöhung der Beiträge um 5 Pf. zuzustimmen, desgleichen dem Antrag Räfertal-Mannheim, wonach jedes Mitglied laut Statut verpflichtet sein soll, sich seinem Verdienst entsprechend zu versichern. 2. Die Zahlstelle Golditz stellt folgende Anträge:

1. Der Hauptvorstand soll berechtigt sein, Extrab-

beiträge zu erheben, ohne eine Mitglieder-Votumung darüber zu veranstalten.

2. Es soll nach 52 wöchentlichem Mitgliedschafts-Karenzzeit für Unzugskosten in Wegfall kommen.

Begründung: Da bei den jetzigen Verhältnissen einem Mitgliede es nicht so leicht möglich ist, aus ersparten Mitteln einen Urlaub zu bestreiten, ist es dadurch gezwungen, Maßregelungen seitens der Unternehmung hinnehmen zu müssen.

3. Es wird dem Antrage anderer Zahlstellen beifolgs Erhöhung des örtlichen Fonds auf 10 pCt. zugestimmt und wird der Zusatz hinzugefügt: „Die bestehenden Prozentgelder sind vierteljährlich zu verrechnen und sollen größere Zahlstellen ihren Ueberschuß an den Hauptvorstand einfinden, woraus dann kleinere Zahlstellen Zuschüsse erhalten könnten.“

Unter „Verschiedenes“ legt verschiedene Vorkommnisse halber der bisherige Schriftführer und zugleich Vertrauensmann sein Amt nieder und wird hierzu Genosse H. Köppling gewählt. Segen einen hierauf gestellten Antrag, die Versammlungen an einem bestimmten Sonnabend im Monat abzuhalten, wendet sich der Kassierer aus besonderen Gründen; der Antrag wird hierauf abgelehnt.

In Rodach (Nöblersche Fabrik) sind der Krankenkasse seitens Herrn H. 200 Mk. übermittelt worden als Beisteuer zu den Kosten der Krankenpflanzgerin.

Schneid. Am Sonntag, den 23. März fand in Koburg eine Besprechung, die zahlreich von den Zahlstellen Köppling, Koburg, Schneid und Hausen besucht war, statt, um die Aufstellung von Kandidaten zur Delegirtenwahl zu erleichtern. Kann man es nur sehr begrüßen, daß durch solche Besprechungen Aufklärung in den eigenen Reihen verschafft wird, um eine glatte Regelung dieser Angelegenheit herbeizuführen und womöglich die Stimmen auf einen Kandidaten vereinigen zu können, so muß man es sehr bedauern, daß dieser Zweck nicht ganz erfüllt wurde. Leider plagten die Meinungen dieser in unbilliger Weise auseinander, was ja hätte vermieden werden können, wenn der Leiter der Versammlung gleich energisch mit Ärgern solcher Ausdrücke eingegriffen hätte. Die Quintessenz aller Beratungen war: Unbedingte Verwerfung aller Beitrags-erhöhungen, da solche eine große Schädigung des Verbandes zur Folge hätten, es wäre ein Wagnis von sehr weittragender Bedeutung, in einer solch schlechten Zeit den Mitgliedern noch mehr Lasten aufzubürden. Man war ja von dem guten Zweck überzeugt, aber jetzt hiesse es doch ein für alle Mal, Finger weg von einem so gefährlichen Experiment. War man sich in dieser Frage vollständig einig, so war der weitaus größte Theil für eine Verlegung des Schiedsgerichts (und zwar meistens nach Dresden) um diese unruhigliche Angelegenheit aus der Welt zu schaffen, während von einem Nebenher die vollständige Befestigung des Schiedsgerichts verlangt wurde und hierfür eine Beschwerverkommission an die Spitze des Verbandes verlangte, die ja doch denselben Zweck verfolgte. Die nominirten Kandidaten sind Köppling-Koburg und Schmidt-Köppelndorf.

Wunsiedel. Monatsversammlung vom 15. März. In derselben wurden folgende Anträge zur Generalversammlung beschlossen:

Antrag 1. Dem Antrage Freierortia gemäß (N. Nr. 9). Die Veröffentlichung der niedrigen Arbeitslöhne der gelernten Porzellanarbeiter in der „N.“ nicht mehr zuzulassen.

Begründung: Weil in Fabrikten, die noch bessere Löhne zahlen, bei Differenzfällen stets auf solche mit geringerem Verdienste verwiesen wird.

Antrag 2. Der Arbeitsnachweis ist in allen Zahlstellen obligatorisch einzuführen und Verbandsmitglieder verpflichtet, sich nur an denselben zu wenden.

Begründung: Um dem Arbeitgeber die Waffe aus der Hand zu nehmen, bei jeder Geringsfügigkeit sagen zu können: „Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie gehen, wir haben Hunderte von Angeboten im Comptoir liegen.“

Antrag 3. Der Redakteur der „N.“ gehört zum Hauptvorstand und ist in Folge dessen verpflichtet, stets den Vorstandssitzungen beizuwohnen.

Begründung: Es geht nicht an, wenn der Redakteur über Vorkommnisse berichten soll, deren Berathung er in der Vorstandssitzung gar nicht beige-wohnt hat.

Im Bericht der Vertrauensmännerziehung in Nr. 9 der „N.“ wird von Coburg folgendes richtig gestellt: In der Porzellanfabrik zu Oeslar wird alle Festtage geschweert, gefeiert wird 3 Mal wöchentlich, die Beleuchtung muß von den Arbeitern bezahlt werden. Die Behandlung derselben soll eine „schlau politische“ sein.

Briefkasten.

Kolmar, Potschappel. Versammlungsanzeige erst Mittwoch eingegangen. Dienstag Mittag ist aber schon Schluß der Redaktion. — Schwarzenhach. Ihre Karte ging erst Donnerstag ein und konnte Robert Heim nicht mehr gestrichen werden. Es sei deshalb hierdurch bemerkt, daß der Kolleg: H. Heim sich den

Verbande angeschlossen hat. — L. W. Muhte Dienstag pßlich (wegen Todesfall in der Familie) verreisen, kam Mittwoch Nachmittag erst zurück, deshalb die Ber-ätzung. — Neuer Schriftf. i. C. Ihr Bestreben an-erkennenwerth, nur bitte hierfür stets nur auf eine Seite des Papiers zu schreiben. — Vordamm. Einer öfter-lichen Miße des Mitgliedes G. in dieser Form muß ich ablehnen. Raum zu geben. Es dürfte in Form eines Versammlungsberichtes, aus dem die näheren Umstände hervorgehen, die zur Beleidigung geführt haben, eher möglich sein. — Burggrub. Wollen Sie, bitte, der Fa-brikleitung die Adresse der „N.“ mittheilen, damit sie sich bezüglich der Annoncen direkt an uns wenden kann. — 4089. Ihr Inserat kann ich nur gegen Insetionsge-bühr aufnehmen. 5 Zeilen — 1 Mk.

Versammlungskalender.

Arzberg. Sonnabend, 5. April, Abends 7/8 Uhr im Vereinslokal.

Bayreuth. Sonnabend, 5. April bei Fritz Göbl, Kreuz.

Berlin II. Sonnabend, 5. April bei Woll-schläger, Adalbertstr. 21. Tages-Ordnung: Geschäftliches, Berathung der Generalversammlungsanträge, Wahl der Delegirten zur Generalversammlung.

Frankfurt a. O. Sonnabend, 5. April im Vereinslokal „Akademische Bierhalle“.

Rahla. Sonnabend, 5. April, Abends 8 Uhr im „Rosengarten“. Wahl der Delegirten.

München. Sonntag, 6. April im Vereinslokal.

Regensburg. Sonnabend, 5. April, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Quartals-Abschluß.

Suhl. Sonntag, 6. April, Nachmittags 3 Uhr bei Nummer in Goldlauter. Wichtige Tages-Ordnung.

Tiefenfurt. Sonnabend, 5. April, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Delegirtenwahl. Sämmtliche Bibliothekbücher müssen bis zur Versammlung ab-gesehen werden.

Adressen-Nachtrag.

Ilmenau. Vors.: Emil Hoffmann wohnt jetzt Mühlthor 9, Gasthof „Zum Erbprinzen“.

Schönwald. Vors.: Hans Eichhorn, Maler. Untermaus. Schriftf.: Paul Gypner, Maler, wohnt jetzt Gera, H. Leontinenstr. 6.

Weiden. Vors.: Josef Vogel, Maler, Thürl-gasse 83.

Althaldensleben. Kassierer Heinrich Engel-hardt wohnt jetzt Dorfestr. 11.

Posen. Vors.: Paul Dittmann. Schriftf.: Alex Freitag. Rev.: Paul Wzjal, sämmtlich Kronprinzenstr. 52 wohnhaft.

Sterbetafel.

Düsseldorf. Josef Thietiges, Emaille-maler, geb. 1. April 1874 zu Prim i. Westfalen, gest. 4. März 1902 an Lungenkrankheit.

Gera. Christian Senglaub, Dreher, geb. 5. Dezember 1861 in Gera, gest. 18. März 1902 an der Porzellinerkrankheit. Letzte Krank-heitsdauer 2 Jahre 32 Wochen. Mitglied des Ver-bandes und Beihilfefonds.

Eisenberg. Franz Bazel, Dreher, gest. 18. März an Lungenleiden.

— Albin Wurmehl, Dreher, gest. 16. März an Lungenleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Vereinigte Gewerkschaften.

Ohrdruf. Am 2. Osterfeiertag in Alt's Felsen-teller von Abends 8 Uhr ab:

Großer Ball.

Alle Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen sind hierzu freundlichst eineladen. Das Kartell.

Margarethenhütte. Montag, den 31. März 1902, Nachmittags 1/2 3 Uhr findet im Vereinslokal zu Brehmen eine

Öffentliche

Porzellanarbeiter-Versammlung

statt.

Tages-Ordnung:

1. Zweck und Nutzen der Organisation. Referent: Kollege D. Seebald, Dresden.

2. Gewerkschaftliches.

Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich zu er-scheinen.

Der Einberufer.



Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Mäpfe u. s. w. werden ausgeschmolzen und das Graum Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pf. ausgekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

M. Haupt, Dresden-A. Hammerstr. 12.

la. echte Pariser Pinsel empfiehlt Anton Müller, Fraureuth b. Werdau i. S.

Goldschmiedere sowie alle goldhaltige Sachen kauft zu den höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung **Otto Hamann, Neustadt i. Sachsen.**

Goldschmiedere goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. **Oskar Rottmann, Stadtilm, Thür.**

Alle Sendungen von **Gold u. Goldabfällen** bedient äußerst schnell und reell **Hermann Hammermüller, Niederplanitz i. Sach.**

Emil Böhme Eisenberg S.-A. Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiedere und alle goldhaltigen Sachen. Reelle und pünktliche Bedienung. Man verlange Prospekte. Adreßtes Geschäft dieser Art.

Schwarza (Saalbach). Sonnabend, den 29. März, Abends 7/9 Uhr

Außerordentliche Versammlung „Im goldenen Löwen“. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder gewünscht. Die Verwaltung.

Achtung, Einzelmitglieder! Meine Adresse ist jetzt wie untenstehend. Ersuche um pünktliche Einfindung der Beiträge. **Carl Munk, Berlin SO. 26 Reichenbergerstr. 28, Hof II.**

Achtung, Einzelmitglieder! Die Zahlstelle hat in der Versammlung vom 8. 3. die Kollegen Munk und Herm. Reich als Kandidaten aufgestellt. Wir eruchen die Wahlergebnisse bis zum 29. April an den Unterzeichneten einzusenden. **Carl Munk, Berlin SO. Reichenbergerstr. 28, Hof II.**

Düsseldorf. Den Mitgliedern, welche keine Ver-sammlungen besuchen, diene zur Kenntniß, daß ich in meiner Wohnung keine Beiträge mehr annehme, sondern laut Beschluß nur in den Versammlungen. **Wilh. Schäfer, Kassierer.**

Tettau. Unterstützungsberechtigte zureisende Mit-glieder wollen beachten, daß ich Unterstützung nur in meiner Wohnung in Christiansgrün in der Zeit von 12—1 Uhr Mittags und von Abends 6 Uhr ab, ausjähle. **G. b. Weis, Zahlstellenkassierer.**

Fürstenberg a. W. berichtigt: Unter § 29 soll es heißen: Das Schiedsgericht von Oberhausen zu ver-legen nach einer Gegend, wo mehrere Zahlstellen u. s. w.

Ein solider, tüchtiger Porzellan-schleifer sucht Stellung. Offerten unter Ch. L. an die Redaktion d. N. erbeten.

Wegen der Osterfeiertage und Un-zuges der Redaktion erscheint die nächste Nummer der „N.“ erst am Sonnabend, den 5. April. Schluß der Redaktion dieser Nummer am Donnerstag Mittag.

Den Lesern der „N.“ wünscht fröhliche Ostern. **R. Jahn, Red. u. Exp. d. N.**